

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riesner Verlag, Riesa
Grosses Nr. 26.

Amtsblatt

Verlag: Riesner Verlag, Riesa
Grosses Nr. 26.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 85.

Mittwoch, 14. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzelle (7 Silben) 60 Pf., Ortspreis 70 Pf.; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 80 Pf. Beste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Räumlichkeit, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anzeigen- oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die mit der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 3. Januar 1918 verfügte Schließung des Mühlbetriebes von Schöblich in Gröba wird hiermit wieder aufgehoben.

Großenhain, am 13. April 1920.
460 o. l.

Auf Blatt 208 des hiesigen Handelsregisters, die Firma G. Immanuel Schumann in Riesa Nr. 1, ist heute eingetragen worden: Der Inhaber Ernst Immanuel Schumann ist ausgeschieden. Der Kaufmann Hans Immanuel Schumann in Riesa ist Inhaber. Die Protokolle desselben sind erledigt.

Amtsgericht Riesa, den 7. April 1920.

Reichstagswahl betr.

In den nächsten Tagen werden den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern durch den unterzeichneten Stadtrat Sandstücken, die zur Aufstellung der Wählerlisten für die voraussichtlich Anfang Juni 1920 stattfindende Reichstagswahl Verwendung finden sollen, zugehakt werden.

In diese Listen sind alle im betreffenden Hausgrundstück wohnhaften Personen einzutragen, die an der bevorstehenden Wahl teilnehmen können.

Mit Rücksicht darauf, daß die Hauslisten eine sichere Grundlage für die Aufstellung der Wählerlisten bieten sollen, werden die Beteiligten im eigenen Interesse dringend ersucht, die Ausfüllung der Listen der Anleitung gemäß genau vorzunehmen, damit sich später weitere Mühen und Stellungnahmen nicht erforderlich machen.

Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter werden ersucht, die ausgefüllten Hauslisten bis zum 16. April 1920 zur Abholung bereit zu halten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 13. April 1920.

Geschäftsverkehr im Rathaus während der Sommerzeit.

Vom 15. April ab sind die Geschäftsstellen von 7 Uhr vormittags bis mittags 12 Uhr für den öffentlichen Verkehr geöffnet. Die Stadt- und Steuerkasse bleiben an den Sonnabenden wie bisher für den Verkehr geschlossen. Die Geschäftszeit der Stadt- und Girokasse für den öffentlichen Verkehr wird fortgesetzt von 9 Uhr vormittags bis mittags 12 Uhr und von nachmittags 2—4 Uhr und an den Sonnabenden von 9 Uhr vormittags bis mittags 12 Uhr.

Die Erledigung von Sachen, die bis zum nächsten Tage aufschickbar sind, muß außerhalb der vorgezeichneten Geschäftszeiten ausnahmslos abgelehnt werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 13. April 1920.

Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten. Zunächst wurden eine Anzahl kleiner Anfragen erledigt. Es folgt die

Erklärung der Regierung.

verbunden mit der ersten Beratung des Notetats. — Abg. v. Pöcher (Dem.) erklärt, seine Partei sei im allgemeinen mit der Regierungserklärung einverstanden: „Wir begrüßen die Zurückweisung jeder Art von Nebenregierung.“ — Abg. Gue (So.): Bergarbeiter und Eisenbahner waren gewillt, Ueberstunden zu leisten. Die Blutschuld der geliebten und offenen Kaputt ist immer wieder betont worden. Der Kapp-Putsch hätte ohne Waffengewalt erstickt werden können, wenn die Führer der Reichswehr der Verantwortlichkeit besser Rechnung getragen hätten. In weiten Gebieten wird das Vorkommen von der Arbeiterschaft anerkannt, aber irreführende Nachrichten, auch vom WTB, erregen die Massen immer von neuem. Im sogenannten Wild-West, wo keine gesellschaftliche Disziplin herrscht, im Gebiet der Weiben, der Streikbrecher, der sogenannten Kommunisten, entlasten die Massen die Hände der Führer. Es ist das Verhängnis der U. S. D., daß sie diese Zusammenhänge jener Arbeiterschaft nicht beachtet hat. Die Nachrichten über die Verhinderung einer roten Armee sind mit größter Vorsicht anzunehmen. — Die weidenden Arbeiter sind reichsten; die Nebenregierung haben wir vor dem Kriege gehabt, sie stand der Großindustrie nahe. — Der Kapp-Putsch war nicht möglich ohne kapitalistische Unterstützung. — Die Reichsregierung muß einschreiten gegen die Verschleuderung unserer Bodenwässer an ausländisches Kapital. Wann kommt das Reichsbudget? — Abg. Trimborn (Zentrum): Der Geist der Versailles Verträge war durch unseren Einmarsch in das neutrale Gebiet nicht verletzt. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Sein Verbessern besteht darin, daß es noch existiert. — Die Rheinländer leben den rheinischen Wasserstaat ab. — In stille Aktionen soll sich das Militär nicht einmischen, aber wenn einmal militärische Aktionen im Gange sind, dann sollen sich die zivilen Behörden nicht einmischen, sonst gibt es auch hier eine Nebenregierung. Herr Seevering hat die besten Absichten, aber gegen seine Tätigkeit sind von meiner Partei in Westfalen schwere Bedenken laut geworden. Ein einseitiges Hervortreten sozialdemokratischer Anschauungen in dem Vorgehen der Regierung im Ruhrgebiet vertritt sich nicht mit dem Geist der Koalition. (Hört! hört!) Das Ruhrgebiet darf nicht vom militärischen Schutze entblößt werden. Die Waffenablieferung muß streng durchgeführt werden. Die vorgehenden Truppen müssen die nötigen Nachmittage haben. U. a. müssen besondere Kriegsgerichte mit zivilen Beisitzern errichtet werden. Die staatliche Autorität muß jetzt nach rechts und links ihre Wirt tun, ein weiches Wegnahmungsrecht würde die Waffen der Truppen abhumpeln. (Wein.)

Reichskanzler Müller: Wenn der Kapp-Putsch nicht gekommen wäre, dann wäre es ein Räuberzettel gewesen, jeden kommunistischen Putschversuch niederzuschlagen. Ich schäme die Gefahr von links durchaus richtig ein. Ich kann mich aber dem Abg. Trimborn darin nicht anschließen, daß die Gefahr von rechts mit dem Zusammenbruch des Kapp-Putches vorbei oder wenigstens nicht mehr aktuell sei. Wir sind leider noch nicht in der Lage gewesen, mit den nötigen militärischen Nachmittagen vorzugehen gegen die Gefahr von rechts, die immer wieder herausragt in Pommer und Schlesien. Dort hat man Volkstruppen auf den Wäldern verteilt, so daß sich jeden Tag wieder neue Flammenbrände entzünden können. Der Generalstreik wird wegen kleiner Dinge von keiner Partei aufgestellt werden können. Darüber

mögen sich die Reaktionäre aber klar sein, daß bei einem zweiten Versuch eines ähnlichen Abenteuer, wie des Kapp-Putches, Putsch des Generalstreik mit genau derselben Heftigkeit eingehen wird. Eine Militärdiktatur ist in Deutschland gänzlich unmöglich. Eine Nebenregierung der Gewerkschaften ist niemals in Erscheinung getreten. Der Abgeordnete Trimborn ist dafür eingetreten, daß südlich der Ruhr Militärs einmarschieren und Ordnung schaffen. Die Regierung kann die Truppen nur marschieren lassen, wenn sie sich überzeugt hat, daß weitere Kriege mit diesem Verfahren einhergehen sind. Das trifft für das Gebiet südlich der Ruhr nicht zu. Der Abgeordnete Trimborn hat ferner bemängelt, daß das Standrecht nördlich der Ruhr nicht auszuföhrt worden ist. Abgesehen von einem kleinen Teil im Besonderegebiet wird nördlich der Ruhr nicht mehr gekämpft. Deshalb muß es möglich sein, auch ohne Standrecht durchzukommen. Dafür sollen die außerordentlichen Kriegsgerichte vermehrt werden. Auch die Befürchtung des Abg. Trimborn über wahllose Ausübung des Begnadigungsrechtes durch den Reichspräsidenten trifft nicht zu. Für die Gravel des Janhofes haben wir keine Entschuldigung. Wir müssen aber berücksichtigen, daß unser Volk noch unter den Nachwirkungen der Kriegszeit und der mangelhaften Ernährung leidet.

Abg. Kallmann (Deutschnall.) widerspricht der Behauptung des Reichskanzlers von der Schuld der Reichsparteien an dem Kapp-Putsch und verweist auf die große Gefahr des Bolschewismus. Die Gewerkschaften sollen nun mitentscheiden über eine Frage, die mit dem wirtschaftlichen Leben gar nichts zu tun hat. Zum Schluß seiner Ausführungen gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß im Interesse des gesamten Vaterlandes alle Parteienverschiede beiseite gestellt und eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Bolschewismus gefunden werden müssen.

Reichsjustizminister Dr. Hecker bezeichnet die Behauptung des Reichskanzlers harrischer Truppen als Schandtat.

Reichsjustizminister Dr. Blum weist den Vorwurf des Abgeordneten Gue, daß gegen die Hochverräter Kapp und Genossen nicht mit der nötigen Energie eingeschritten werde, als völlig unbegründet zurück. Es wurde auch angeordnet, daß gegen die Anhänger oder Täter bei dem hochverräterischen Unternehmen im Ruhrgebiet mit aller Rücksichtslosigkeit eingeschritten wird. Eine Amnestie kommt für diese Leute gar nicht in Frage. Es ist ihnen wohl unangenehm, aber es muß einmal ausgesprochen werden, in welcher verwerflicher Weise auch Politiker der Rechten den Militärputsch unterstützt haben, die ihr Verantwortungsgefühl davor bewahren sollte. Ich brauche da nur den Ruf der Deutschen Volkspartei vom 13. März zu verlesen. In diesem Ruf haben Sie ein kräftiges Zusammenwirken mit der neuen Regierung verlangt. Das ist die „glatte Abgabe“ an die verwerfliche Kappesellschaft. (Abg. Heusermann: Das ist eine bewusste Unwahrheit. — Abgeordneter Heusermann ruft den Abgeordneten Heusermann zur Ordnung. Lang anhaltendes Gelächter des Abg. Heusermann und anderer Abgeordneter der Rechten.) Gegenüber der Militärvolte war der Generalstreik das einzige Mittel, das dem Volke zur Abwehr zur Verfügung stand. (Hört! hört!) Die Herren von Rechts haben selbst angegeben, daß sie acht Tage vor dem Putsch über die Absichten des Herrn von Lüttich unterrichtet waren. Sie haben nichts getan, um der Reichsregierung davon Mitteilung zu machen. (Lächliches Hört! hört!) bei der Mehrheit. Große Erregung und heftiger Widerspruch rechts. Einige Abgeordnete der Rechten springen von den Plätzen auf und rufen nach dem Rednerpult. Der Abg. Schalle (Deutschnall.) ruft: Das ist eine Schandtat! Er wird zur Ordnung gerufen. Minutenlanges Rären. Schließlich nur schafft der Präsident Ruhe. — Abg. Weh (D. W.): Anschließend hat der Reichsjustizminister durch die Art seiner Darlegung jedes Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien für die Zukunft

unmöglich machen wollen. (Zustimmung rechts.) Parlamentarisch fand die Rede Blums auf dem tiefsten bisher von der Regierung erlebten Niveau. (Lebhafte Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Am 18. März habe ich in Duisburg gegen Kapp gesprochen. Die Worte „Neue Regierung“ in unserem Ruf sind doch nicht so belastend; die „Frankfurter Ptz.“ hat sie ebenfalls angewendet. Dem Reichsjustizminister empfehlen wir, seine Ausführungen in Zukunft so zu gestalten, daß ihnen aus allen Lagern der Bevölkerung ein Mindestmaß von Vertrauen entgegengebracht werden kann. Es ist eine Uebertreibung des Reichskanzlers, daß der Putsch die Bewegung im Ruhrgebiet entfacht habe. Der Generalstreik hat den Boden geschaffen für die Erpreßpolitik der letzten Wochen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1. Uhr Weiterberatung. Kleine Vorlagen.

Müllerands Erklärung in der französischen Kammer.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer hat Ministerpräsident Müllerand die Ereignisse dargelegt, die die deutsche Regierung veranlaßt haben, mehr Streitkräfte in die neutrale Zone einmarschieren zu lassen, als ihr gestattet seien. Um das Verlangen Deutschlands zu beurteilen, müsse man bemerken, daß es zuerst aus militärischen Kreisen gekommen sei, die einen Staatsstreich unternehmen hätten und zu einer Zeit, da Deutschland noch keine der wesentlichen Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt hätte. Am 21. März habe er dem französischen Vorkämpfer telegraphiert, wenn die Deutschen selbst die Wiederherstellung der Ruhe im Ruhrgebiet übernehmen wollten, dann gebe es nur eine genügende Bürgschaft, ein Wand. Die französische Okkupation sollte, je nachdem wenn die Deutschen ihre Truppen zurückzögen, endigen. Marshal Foch sei bereit gewesen, Frankfurt und Darmstadt im Namen der Allierten zu besetzen. Die französische Regierung hätte Gründe gehabt, anzunehmen, daß die von Deutschland vorgelegenen Maßnahmen im Ruhrgebiet von der Militärpartei gemüncht würden. Am 30. März habe die französische Regierung neue Gründe gehabt, an der Mäßigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu zweifeln. Der Ministerpräsident verlas auch Notizen des Oberkommissars in Koblenz, der den Allierten zur Kenntnis gebracht habe, daß Arbeiterdelegierte aus dem Ruhrgebiet sich formell gegen den Einmarsch der Reichswehr ausgesprochen hätten, und versicherte, die Ordnung werde nicht gestört werden, indem sie hinlänglich, der Eingriff der Reichswehr sei das Werk der Militärpartei und sie wünschten deren Entwaffnung. Nachdem Müllerand seine Notizen an den deutschen Gesandten in Paris verlesen hatte, in denen er den Einmarsch der Reichswehr in die neutrale Zone bestimmt ablehnte, erinnerte er daran, daß die deutsche Regierung trotz dieser Weigerung ohne Ermächtigung eingegriffen habe. Er müsse seiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die französische Regierung nicht anders habe handeln können, ohne die Würde und die Sicherheit Frankreichs zu gefährden. Er habe nichts vergessen und vergesse nicht, daß nichts wünschenswerter sei, als die normale Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Er verweise die Schwierigkeiten nicht, mit denen die deutsche Regierung zu kämpfen habe. Müllerand schloß: Ich freue mich, der Kammer mitteilen zu können, daß nach einem lokalen Meinungsaustausch zwischen den Ratsmitgliedern von London und Paris diese sich geeinigt haben, zu erklären, daß die Auseinandersetzungen zwischen Paris und London die französische und die britische Regierung dahin geführt haben, festzustellen, daß, wenn sich zwischen ihnen eine Meinungsverschiedenheit über die Mittel, die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles hervor-